

60 Minuten Politik  
**Österreichs Wirtschaft – Kommt 2016 der Aufschwung?**  
ORF III, 14.01.2016 21:55 Uhr

(Transkript)

*Österreich hinkt in der Eurozone seit zwei Jahren hinterher. 2015 ist die Arbeitslosigkeit immer weiter gestiegen, das Wirtschaftswachstum war schwach. Die Prognose für 2016 – es wird besser, etwa dank Steuerreform. Außerdem helfen der billige Euro und der niedrige Ölpreis. Aber gleichzeitig steigen die Mieten und die Preise für Dienstleistungen. Damit die Wirtschaft ordentlich wächst, müsse die Politik weitere Reformen angehen, so Wirtschaftsexperten. Die Arbeitslosigkeit würde nur dann wieder zurückgehen, wenn Arbeitslose ihre Qualifikationen besser an die Nachfrage der Unternehmen anpassen würden. Man müsse sich Gedanken machen, wie man mit wenig Wachstum mehr Jobs schaffe. Welche Reformen sind notwendig? Wie kann die Wirtschaft angekurbelt werden? Wird 2016 besser? Darüber diskutieren ORF III-Chefredakteur Christoph Takacs und Georg Wailand, geschäftsführender Chefredakteur der Kronen Zeitung, mit den Wirtschaftsgrößen Hannes Androsch und Josef Taus, WKÖ-Vizepräsidentin Ulrike Rabmer-Koller und IV-Präsident Georg Kapsch.*

**Jürgen Konkus, Key-Account-Manager, Wien:** Es sind sicher Dinge auch, die die Politik eben ändern sollte, wo man sagt, okay, wie kann ich eben den kleinen Unternehmer, den KMU, hier in Österreich stärken und wie kann ich große Unternehmen hier halten, wie mache ich unseren Standort interessant.

**Christoph Takacs:** Wie also – das ist die Kardinalfrage – sind die Rahmenbedingungen, die die Politik zu schaffen hat, damit die Wirtschaft Jobs anbieten kann? Eine Binsenweisheit. Schenkt man als diversen Studien und Aussagen von Wirtschaftsweisen und Branchenvertretern aus dem In- und Ausland Glauben, dann haben es die Industrie und die Wirtschaft in der Alpenrepublik besonders schwer. Der Grund dafür sei hausgemacht, sagt eine Studie der Wirtschaftsuniversität.

Guten Abend, meine Damen und Herren, bei 60 Minuten Politik, direkt aus dem Machtzentrum der Republik, dem Parlament in Wien.

Irgendwie scheint alles aus dem Lot geraten in den letzten Jahren – generalverdächtig dafür die Wirtschaftskrise aus dem Jahr 2008, die auch andere Länder betroffen hat. Heute, rund sieben Jahre später, haben wir Rekordarbeitslosigkeit, schwaches Wirtschaftswachstum, Probleme im Bildungsbereich, ein Schuldenhoch und als Draufgabe ein zum Teil sehr kühles

Verhältnis der Regierungspartner untereinander. Österreich hinkt in der Eurozone seit zwei Jahren hinterher. Das Land habe verabsäumt, grundlegende Reformen zu machen, damit Unternehmen wettbewerbsfähiger werden, urteilt der deutsche Wirtschaftsweiser und ehemalige Regierungsberater Wolfgang Wiegert. Deutschland hat im Vorjahr mit zwölf Milliarden Euro den größten Überschuss seiner Geschichte geschafft – und hierzulande? Statt Aufbruchsstimmung scheint das Gefühl von Stillstand vorzuherrschen, auch wenn ein zartes Konjunkturpflänzchen Hoffnung vermittelt. 2016 geht es endlich aufwärts, allerdings langsam, ganz langsam, wenn – ja, wenn – die Wirtschaftsprognosen halten, was sie versprechen.

*Österreichs Wirtschaft soll heuer wieder stärker wachsen, um zumindest 1,5 Prozent – dank Steuerreform, Ausgaben für Flüchtlinge und der Wohnbauoffensive der Regierung. Ohne diese Sondereffekte würde die Wirtschaft laut Nationalbank nur um 1,1 Prozent wachsen und damit deutlich unter dem Euroschnitt liegen. Außerdem helfen der billige Euro und der niedrige Ölpreis dem Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig steigen aber die Mieten und die Preise für Dienstleistungen. Und nicht alle Branchen werden von der Steuerreform profitieren. In der Baubranche etwa fehlen Investitionen und der Tourismus befürchtet weniger Einnahmen, da eine höhere Umsatzsteuer im Rahmen der Steuerreform Übernachtungen im Hotel teurer macht.*

*Trotz positiver Aussichten beim Wirtschaftswachstum werden die Arbeitslosenzahlen weiter steigen. Das höhere Wachstum dieses Jahr sei zu schwach, um die Arbeitslosigkeit zu senken, so Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny. Etwa jeder zehnte Österreicher wird heuer arbeitslos sein. Die Arbeitslosigkeit würde nur dann wieder zurückgehen, wenn Arbeitslose ihre Qualifikationen besser an die Nachfrage der Unternehmen anpassen würden.*

**Karl Aiginger, Leiter WIFO:** Die Firmen wollen Qualifikationen und brauchen Qualifikationen für die Konkurrenzfähigkeit, die sie nicht bekommen, und sind damit in ihrem Expansionsprozess gehindert.

*Damit die Wirtschaft wieder ordentlich wächst, müsse die Politik weitere Reformen angehen, fordern WIFO und IHS. Mehr Tempo und mehr Mut bei den Reformen seien nötig, um Österreich wieder an die Spitze zu bringen, sagt Finanzminister Hans Jörg Schelling.*

**Christoph Takacs:** Kommt in diesem Jahr der Aufschwung und wie sieht der Forderungskatalog der Wirtschaft an die Regierung aus, mit dem man vom Pannestreifen wieder auf die Überholspur kommen will? Darüber diskutieren der Chefredakteur der Neuen Kronenzeitung und Herausgeber des Wirtschaftsmagazins „Gewinn“, Georg Wailand, und ich mit Ulrike Rabmer-Koller, sie ist die Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich, dem ehemaligen SPÖ-Finanzminister und Unternehmer Hannes Androsch, Georg Kapsch, er ist Präsident der Industriellenvereinigung, und dem ehemaligen ÖVP-Bundesparteibeamten und Unternehmer Josef Taus. Herzlichen Dank für Ihre Zeit und die Bereitschaft zur Diskussion.

**Georg Wailand:** Wir haben jetzt die Chance, Diskussionsteilnehmer zu haben, die auch in der praktischen Wirtschaft tätig sind. Ich glaube, dass das mit dem politischen Spektrum ein attraktiver Rahmen ist. Ich möchte mit Ihnen, Frau Rabmer-Koller, beginnen, Sie sind die Newcomerin in der Runde. Sie sind jetzt Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer. Wir haben gehört, Rahmenbedingungen sind wichtig, über die werden wir ausgiebig diskutieren. Ein entscheidender Punkt ist aber dazugekommen im vergangenen Jahr und vermutlich auch heuer, das ist die Flüchtlingswelle. Wie soll man damit umgehen? Es ist sehr polarisierend – die einen sagen, das ist eine Katastrophe, das überfordert uns und wir sind nicht in der Lage, das zu bewältigen. Auf der anderen Seite hört man wieder – auch wirtschaftlich – das sei eine Chance, man sollte sie aktiv nutzen. Was sagen Sie als Unternehmerin, was sagen Sie als Funktionärin der Wirtschaftskammer?

**Ulrike Rabmer-Koller:** Ja, die Flüchtlingsthematik ist natürlich eine sehr große Herausforderung, vor der Österreich jetzt steht. Und wir müssen auf der einen Seite gewährleisten, dass die, die wirklich verfolgt sind und Unterstützung brauchen, auch wirklich diese Unterstützung erhalten, und auf der anderen Seite auch versuchen, die Chancen darin zu sehen. Und wir haben viele Unternehmen, die keine Fachkräfte finden. Das heißt, hier gibt es Mangelberufe, wo wir auch versuchen müssen, durch Qualitätschecks bei den Flüchtlingen herauszufinden, wo stehen diese, dann auch durch zusätzliche Qualifikationen auch wirklich zusätzliche Fachkräfte für die österreichische Wirtschaft auch zu bekommen. Wir haben auch als Wirtschaftskammer Österreich gemeinsam mit den Sozialpartnern ein Programm

laufen, wo wir Lehrlinge ausbilden, vor allem in Mangelberufen, um eben auch hier wirklich eine Chance und eine Win-win-Situation zu erreichen.

**Georg Wailand:** Das Arbeitsmarktservice hat ja begonnen zu überprüfen, welche Qualifikationen die Flüchtlinge mitbringen. Und es war ländermäßig total unterschiedlich, wo bei den Syrern ein relativ guter Wert herausgekommen ist, bei Afghanen wieder ein relativ hoher Anteil von Analphabeten. Es wird nicht ganz leicht sein, das in der Praxis zu bewältigen, das wird aber viel Geld kosten, all die Leute auszubilden. Woher soll das kommen?

**Ulrike Rabmer-Koller:** Ja, im Endeffekt haben wir das Problem, dass wir jetzt schon sehr hohe Staatsschulden haben. Wir brauchen aber natürlich auch hier auf der einen Seite Reformen, damit wir wirklich mehr Geld für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung haben, und natürlich auch für die zukünftigen Herausforderungen, die wir hier meistern müssen.

**Georg Wailand:** Zur Abrundung ganz kurz noch: Die Regierung hat sich in den letzten Tagen entschlossen zu signalisieren, so viele können's nicht mehr sein wie im vergangenen Jahr. Ist das eine Linie, mit der Sie mit können? Oder haben Sie da andere Vorstellungen?

**Ulrike Rabmer-Koller:** Im Endeffekt müssen wir natürlich auch schauen, dass wir Österreich nicht überlasten – das ist ganz klar. Aber es muss trotzdem so sein, dass die, die auch Unterstützung brauchen, die Zuflucht brauchen – dass wir denen diese auch geben. Aber es muss natürlich auch verträglich sein.

**Christoph Takacs:** Herr Androsch, ich möchte jetzt Sie als Unternehmer auch gleich fragen genau zu dieser Thematik. Jetzt haben wir – der Herr Kopf hat heute in einer Presseaussendung gesagt – die höchste Arbeitslosigkeit der Zweiten Republik, gleichzeitig viele Flüchtlinge, die auch versorgt gehören, auch mit Arbeit versorgt gehören. Wie geht denn das in der Realität zusammen aus Ihrer Sicht?

**Hannes Androsch:** Die Frau Vizepräsidentin hat das schon richtig beschrieben, das ist eine große Herausforderung kurzfristig. Mittelfristig bis längerfristig ist es eine Chance, die muss man allerdings nutzen. Und wenn es darum geht, wie man das

finanziert, dann haben wir noch ganz andere Finanzierungsprobleme, zu denen dies auch gehört – nämlich dass wir mehrfache Investitionslücken haben. Wir haben eine riesige Lücke nicht nur bei uns in Österreich – Europa, weltweit – was die Infrastruktur, nicht zuletzt die digitale Infrastruktur, anlangt. Also es werden da 4000 Milliarden ausgegeben, aber brauchen würde man 9000 Milliarden, und der Juncker-Plan versucht zu hebeln mit 20 Millionen 320 Milliarden. Das ist nett, aber gleichzeitig werden die Forschungsausgaben der EU, die zu gering sind, gekürzt. Wir haben eine private Investitionslücke. Wir hatten in der Zweiten Republik noch nie so eine geringe Investitionsquote. Jetzt müssten wir dann irgendwann diskutieren, warum haben wir sie nicht – weil angeblich ist ja die Lage sehr gut, nur die Stimmung schlecht. Das ist ungehörig von der Stimmung – leider stimmt's nicht. Das ist eine Lebenslüge, weil natürlich die Lage unbefriedigend ist. Und wir haben eine innovationsdynamische Lücke, weil wir zu wenig für Bildung tun, zu wenig für vorschulische Betreuung, damit die Leute die Muttersprache oder Deutsch als Unterrichtssprache erlernen.

Wir haben das Schlamassel über den ganzen Bildungsbogen. Wir geben nicht einmal die Hälfte von dem aus für unsere Universitäten, was die Schweiz sich das kosten lässt. Und wir müssten, obwohl wir gar nicht so wenig für Forschung ausgeben – hängt auch mit den Universitäten zusammen – zu wenig, aber auch nicht effizient genug. Also wir haben eine Fülle von Baustellen.

Und das Ganze wird noch erschwert durch eine Überregulierung, einen Vorschriftenschwungel, der strangulierend ist, und eine lähmende Bürokratisierung, die viel größer ist als in der Schweiz oder in Deutschland. *(zu Josef Taus)* Sie können dann Ihr Beispiel erzählen, wie viele Beamte bei einem Zubau in einer Fabrik in der Schweiz notwendig sind und bei uns.

**Christoph Takacs:** Ich will nicht unhöflich sein, ich möchte aber da gleich nachfragen: Sie haben ja im Vorjahr gemeinsam, glaube ich, ein Buch herausgegeben, wo Sie sich ja mit der ganzen Thematik beschäftigen. Jetzt reden Sie als Unternehmer, der Herr Taus spricht auch als Unternehmer, wahrscheinlich vielen anderen Unternehmern aus der Seele. Herr Taus, meine Frage an Sie in dem Zusammenhang, nämlich Überregulierung usw., ist da Folgende: Jetzt nimmt man an, dass hier im Parlament Menschen sind, die ja dem Land was Gutes tun wollen. Wenn man Ihnen zuhört, dann denkt man, eigentlich tun die zurzeit nichts Gutes. Meine Frage ist: Warum tun sie's denn nicht – um es so zu formulieren?

**Josef Taus:** Wenn ich mir das gestatten darf, einmal nur ein paar einleitende Bemerkungen. Erstens hat Österreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – und nachdem ich ein sehr alter Mann bin, habe ich das schon als Bub erlebt – einen Aufschwung gehabt, mit dem niemand gerechnet hat. Das heißt, wir sind nicht schlecht, wir sind gut. Und wenn man also so wie wir auch im Ausland Fabriken hat, dann sieht man, unsere Leute sind – ich bin vorsichtig, wir wollen niemanden abwirtschaften – mindestens so gut wie die, die wir dort haben. Erster Punkt. Zweiter Punkt ist – was mich ärgert: diese furchtbar pessimistische Stimmung, die jeden Tag – die Zeitung kannst du aufschlagen, furchtbar, schrecklich, so als wären wir die letzten Deppen. Wir sind das nicht. Wir haben gezeigt, was wir können, wie gut wir sind, wie wir kommen.

So, jetzt sind wir außer Tritt geraten, hat der Kollege gesagt. Warum? Naja, da kann man lang darüber reden, bringt uns nicht viel. Aber jetzt müssen wir wieder in Tritt geraten. Ein paar Sachen hat der Kollege angeschnitten. Wir haben es auch geschrieben – nicht miteinander, wir haben die Leute ausgesucht, die geschrieben haben.

Das Erste ist – da hat er gesagt, das ist eine wesentliche Frage, ich hänge mich einmal an die an: Die erste Frage ist, es wird nichts investiert, obwohl die Leute investieren wollen. Das muss man wissen. Also ich würde zum Beispiel erheblich mehr machen, aber wir haben ein Problem – das hat auch jetzt gerade der Kollege angeschnitten. Nicht, dass wir abgestimmt sind, wir haben überhaupt nicht miteinander geredet vorher. Aber die Frage ist ganz einfach: Das heißt, ich habe – er hat's genannt – eine Überregulierung. Na, er ist ein feiner Mensch, ich sage immer, wir haben einen Regulierungswahn im Westen – das geht ja nicht, also wenn man anschaut, gerade in Österreich. Und da müssen wir aufpassen, kein Mensch hat darüber geredet.

Wir haben – aus welchen Gründen immer, das bringt nichts – ein anderes Finanzierungssystem als die meisten Staaten, auch in Europa, mit dem angloamerikanischen Raum überhaupt nicht zu vergleichen. Das heißt, bei uns werden – wir haben das statistisch nachgewiesen, kann man in unserer Publikation nachschauen – 66 Prozent der Investitionen in Österreich werden mit Bankkrediten finanziert. Das geht in Zukunft nicht mehr mit den Regulierungen, die jetzt drin sind. Ja, was heißt das, was soll ich machen? Also ich zum Beispiel, warum soll ich das machen? Mir geht's ganz gut, wir haben die Firmen hochgetrieben. Und jetzt sollen

wir uns gewissermaßen ans Messer liefern, weil wir was Gutes machen wollen, weil es nicht geht, weil die Banken eingeeengt werden? Ich muss mir ja überhaupt überlegen, was ich tu'. Ich kann doch – was jetzt mit den ganzen Regulierungen geht – nicht soweit kommen, dass ich den Wettbewerb innerhalb des Bankensektors abdrehe. Das ist es ja. Jeder hat genaue Ratingvorschriften –

**Christoph Takacs:** Sie sprechen Basel III an.

**Josef Taus:** Ja, alles – und jetzt kommt Basel IV. Also das muss man doch alles sehen. Dann hat mir bei uns gefehlt – die Frau Kollegin ist in der Kammer neu, aber auch in der Gewerkschaft, überall – das Aufheulen. Das geht bei uns nicht. Das wäre eine Funktion der Politik gewesen – ändert's das, wir können das nicht machen in unserem Land. Gebt's uns zehn Jahre Zeit, dann können wir einen Kapitalmarkt aufbauen – den wir nicht haben. Wir haben auch die Unternehmensgrößen nicht, die man normalerweise in den internationalen Kapitalmärkten braucht. So, und was passiert uns jetzt?

Ich habe auch mit einem alten Bankkollegen – gehört nicht zu unserer Gruppe – eine Vermögensverwaltung. Die geht ganz gut. Die Leute kommen, wir werben gar nicht. Ja, was spielt sich dort ab? Die Leute kommen hin – ich bin nur beteiligt, ich habe keine Funktion drinnen, ich bin kein Geschäftsführer. Die kommen hin und dann kaufen sie ausländische Aktien. Bei uns gibt's keine, was soll er kaufen? Wir haben keine. Wir haben keinen entwickelten Kapitalmarkt, im Gegenteil, da gehen ja die Notierten immer zurück. In die Börse haben wir hineingebracht – da können die Börsenorgane gar nichts dafür – eine Mordsbürokratie. Was soll das? Das geht so nicht.

Wir haben mittelständische Firmen, daher steht zum Beispiel in unserem Büchl drinnen, wir müssen schauen, dass wir einen mittelständischen Kapitalmarkt aufbauen. Das geht. Überhaupt keine Frage, das geht. Einen mittelständischen Kapitalmarkt, kleinere Emissionen muss ich haben und das muss schneller gehen. Und ich kann die Bürokratie nicht so weit treiben, dass ich in jeder Firma zehn Leute brauche, die sich nur mit den Unterlagen, die sie viermal im Jahr der Börse geben müssen, beschäftigen. Das geht nicht, das kann keiner.

Also nur, um zu sagen, was konkret – das sind die kurzfristigen Maßnahmen.

Die zweite Geschichte ist – ich glaube, man kann auch bei uns mit der Gewerkschaft reden. Das geht nicht. Jetzt, wenn ich nur einen Satz sagen darf – ich bin ja immer nur so in die Politik als Wirtschaftler hin, und da musste ich einspringen, das habe ich

halt gemacht. Aber die entscheidende Frage ist, wir haben uns – bei allen Differenzen und Schwierigkeiten – irgendwo haben wir uns verstanden, die beiden großen Parteien. Irgendwo gab's eine Lösung, denn sonst hätte das Land sich nicht so entwickeln können.

Nächster Punkt, was mich sehr ärgert: Das ist unser geringes Selbstbewusstsein. Wir verscheuern ja alles. Die Banken gehören nicht mehr uns im Wesentlichen. Warum sind die nicht österreichisch? Ja, sogar die Telekom haben wir verkauft. So viel mir Freunde gesagt haben, völlig zu Recht von den Mexikanern – warum sollen sie's nicht kaufen wollen? Eine ganz normale Vorgangsweise. Die waren zuerst in Holland, dort sind sie abgewiesen worden. Aber wir haben's ihnen verkauft. Nein, das geht nicht. So kann man nicht agieren. Das haben wir nie gemacht, das hat erst begonnen vor zehn Jahren.

**Christoph Takacs:** Okay, dann machen wir eine kurze Pause bei Ihnen. Ich möchte dann aber da noch ein bisschen mehr in die Tiefe kommen.

**Georg Wailand:** Ja, zum Thema Börse und Finanzierung der Unternehmen, wie es angesprochen wurde, dass es so nicht mehr weitergehen kann, wie es bisher war. Herr Präsident Kapsch, Sie haben ja ein Unternehmen auch an der Börse in Wien, mit allen Vor- und Nachteilen. Es wäre erstens einmal interessant, von Ihnen die Erfahrungen zu hören, die da auch schon angesprochen wurden. Und ich habe den Eindruck – bitte korrigieren Sie es oder bestätigen Sie es, je nachdem, wie Sie es beobachtet haben – dass in Österreich sich kaum ein Politiker traut, für einen Kapitalmarkt sich zu engagieren, für eine funktionierende Börse, für einen funktionierenden mittleren Kapitalmarkt. Als hätten die irgendwie eine Beißhemmung oder zurückhaltend, dass man da der Knecht der Kapitalisten sei. In Wahrheit geht's ja um Arbeitsplätze.

**Georg Kapsch:** Ja, grundsätzlich geht's immer um Arbeitsplätze. Und Kapital ist die Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen, anders geht das nicht. Und wenn sich Politiker nach den zweifellos katastrophalen Jahren 2008/2009 dann hinstellen und sagen, Aktien sind pfui, grundsätzlich, liebe Bevölkerung, geh wieder auf das Sparbuch, dann brauche ich mich nicht wundern, wenn der Großteil der Bevölkerung sagt, ja, das ist der richtige Weg. Man erklärt ja nicht einmal, was das Problem an der Finanzkrise war. Man gibt ja den Kommerzbanken die Schuld, die in Wahrheit am wenigsten Schuld an der ganzen Misere hatten, und die wir ja bitter



notwendig brauchen, gerade für die Finanzierung der kleineren und mittleren Unternehmen, solange es den Mittelstand nicht gibt. Und mein Unternehmen ist global gesehen auch ein relativ kleines, hat aber eine Größenordnung, in der es sich auf dem Kapitalmarkt refinanzieren kann. Also ich habe einen IPO gemacht, sprich, ich bin an die Börse gegangen. Ich kann einen Bond begeben – das kann ein kleiner Mittelständler nicht. Und genau dem drehen wir heute die Finanzierungsmöglichkeiten ab. Und genau die Leute, die sagen, die Großen sind pfui – was ja nicht stimmt – aber die Kleinen und Mittleren müssen wir hegen und pflegen, gehen genau diesen Weg. Und das ist kein österreichischer Phänomen, das ist ein europäisches Phänomen.

Denn Basel II, Basel III – schauen Sie einmal, wie die Amerikaner damit umgegangen sind. Die Amerikaner haben Basel II einmal ignoriert, und Basel III haben sie für die Systembanken implementiert, nicht aber für kleinen Lokalbanken, sodass die kleinen Lokalbanken trotz eines in den USA besseren grundsätzlichen Eigenkapitalmarktes immer noch die kleinen und mittleren Unternehmen finanzieren können. Bei uns unterliegen alle Basel III, das heißt, auch die kleinen Lokalbanken sind nicht mehr in der Lage, Unternehmen, denen sie vor fünf bis zehn Jahren noch Kredite gegeben hätten, diese Kredite zu geben.

Das heißt, die KMUs sind in einer Zwicke im Moment, die katastrophal ist. Und ich sage Ihnen eines: Mein eigenes Unternehmen hatte veritable Probleme im Jahr 2000. Mithilfe einer Bank haben wir das geschafft. Der Bank bin ich heute noch dankbar, und ich sage das an jeder Stelle, wo ich nur kann: Unter den heutigen Rahmenbedingungen – Basel III – gäbe es mein Unternehmen nicht mehr, weil die Bank hätte diesen bitteren Weg mit mir nicht gehen können, obwohl sie nichts nachgelassen hat bei uns.

**Christoph Takacs:** Ich möchte aber jetzt dann bei dem Thema noch dabeibleiben. Ich zitiere diese Geschichte jetzt zum dritten Mal: Ich habe einen lieben Bekannten, ein kleiner Unternehmer, durchaus erfolgreich, und muss sehr viel vorfinanzieren. Bei seiner Hausbank, wo er quasi seit der Geburt ist, sagen sie ihm, er kann diesen Kredit schon haben, aber er muss auf jeden Fall das Sparbuch hinterlegen und noch 30 Prozent drüber. Er formuliert dann ganz konkret und sagt: Also wenn ich das Geld, das ich brauchen würde, habe, dann kriege ich den Kredit? Warum soll ich mir einen Kredit nehmen? Die Frage, die sich mir schon sehr aufdrängt, ist: Wenn das, was Sie jetzt gesagt haben, so zutrifft, dann sage ich jetzt einmal ein bisschen

unhöflich: Warum sind wir so ungeschickt, das so zu tun? Und warum geht's aus Ihrer Sicht nicht anders?

**Ulrike Rabmer-Koller:** Das ist genau die größte Herausforderung, unter der kleine und mittlere Unternehmen im Endeffekt leiden – dass sie auf der einen Seite zu wenig Zugang zu Kapital haben. Das heißt, die Banken werden durch Basel III beschränkt und haben oft selber nicht die Möglichkeit, wirklich Unternehmensfinanzierungen auch durchzuführen. Und auf der anderen Seite leiden sie wirklich unter der extremen Bürokratie. Und die Kollegen haben es schon ausgeführt, nicht nur große Unternehmen leiden, sondern vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen. Große Unternehmen haben vielleicht noch eine eigene Abteilung, wo sie Statistiken oder Analysen machen können, die kleinen haben das nicht. Und wir dürfen nicht vergessen, dass ein Großteil unserer Unternehmen kleine und mittlere Unternehmen sind. Die sind auch natürlich neben den großen Leitbetrieben das Rückgrat unserer Wirtschaft.

**Josef Taus:** Auch unsere Großen sind bestenfalls obere Mittelgröße, international gesehen. Das ist gar nicht schlecht, aber es ist so, das muss man sagen.

**Ulrike Rabmer-Koller:** Ja. Aber das heißt, wir brauchen auch dringend Maßnahmen, um vor allem kleine und mittlere Unternehmen wieder zu entlasten. Es ist in der letzten Zeit leider wirklich so passiert, dass immer mehr Belastungen dazugekommen sind, immer mehr Regulierungen, immer mehr Gesetze. Ein durchschnittlicher Unternehmer muss schon eigentlich vom Aufwand her mehr Gesetze kennen als ein Jus-Student. Und dann kommt noch dazu, dass er rigoros gestraft wird. Und das ist im Moment wirklich das – wenn ich draußen bin auch bei den Unternehmen – was am meisten jetzt derzeit stört, frustriert, ist, dass sie enorme Strafen kriegen für oft Kleinigkeiten. Dann werden diese auch noch kumuliert. Das heißt, wir brauchen auf der einen Seite ein Entlastungspaket, quasi ein Bürokratieabbaupaket. Diese Strafen, die jetzt oft kumuliert werden, oft höher sind als im eigentlichen Strafbereich, bringen hier wirklich dann die Unternehmen entsprechend unter Druck.

**Georg Wailand:** Inhaltlich gebe ich Ihnen durchaus Recht. Solange ich in dem Job als Journalist bin, kann ich mich erinnern, dass immer ein Bürokratieabbau gefordert wurde, dass es Tatsache ist, dass es immer schlimmer geworden ist. Aber die

Besserung sehe ich noch nicht. Wieso gelingt es nicht, da wenigstens in einem längeren Zeitraum – andere Länder schaffen das sehr wohl.

**Ulrike Rabmer-Koller:** Also es gibt jetzt die ersten Ansätze, und auch Vizekanzler Mitterlehner hat hier ja auch schon signalisiert, dass er sich wirklich stark einsetzen möchte gerade im Bereich Bürokratieabbau. Ganz wichtig ist aber, dass wir jetzt einmal verhindern, dass wieder neue Gesetze dazukommen, wieder neue Belastungen dazukommen. Ich bin ja jetzt auch seit Anfang Jänner Präsidentin des Europäischen KMU-Verbandes – eben genau auch deshalb, weil ja viele Gesetze schon auf europäischer Ebene beschlossen werden. Und wir haben jetzt auch gesagt, wir müssen einfach wirklich viel früher dran sein, um diese eben entsprechend zu verhindern. Und wir müssen immer wieder auch bedenken: Es sind die Unternehmer, die die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen oder schaffen oder halten. Und wenn wir keine entsprechenden Rahmenbedingungen haben für Unternehmer und Unternehmerinnen, das tun zu können, dann kann's auch mit einem Wirtschaftsstandort nicht bergauf gehen.

**Christoph Takacs:** Herr Androsch, ein Thema, das momentan ja diskutiert wird und wo es auch Dissens gibt, ist ja zum Beispiel die Arbeitszeitflexibilisierung, die auf der einen Seite angedacht wird, auf der anderen Seite blockiert wird – jedenfalls ist sie nicht zustande gekommen. Auch ein Hinderungsgrund, sagt man, dass die Wirtschaft nicht vorwärtskommt. Ist es so?

**Hannes Androsch:** Das kann so sein, muss nicht sein. Da gibt's Möglichkeiten auf betrieblicher Ebene seit dem Arbeitsverfassungsgesetz – glaube ich – 1975 gibt's da schon mehr Möglichkeiten. Da könnte man lang auch, wer eigentlich überhaupt Kollektivverträge verhandelt und wie repräsentativ die Verhandler sind – so seine Fragezeichen dahinterstellen. Aber ich möchte, wenn Sie gestatten, nicht Ihrer Frage damit ausgewichen haben, ich habe ja eine gewisse Antwort gegeben, sondern auf Folgendes verweisen: Das ist ja alles richtig, was wir sagen, und da haben wir auch geschrieben und immer wieder und Interviews – das erregt nicht immer die Freude der Adressaten, das kann ich nachvollziehen.

Aber dennoch – weil es ja nicht nur ein österreichisches Problem ist – dass es bei uns sehr ausgeprägt ist, muss einen nicht besonders freuen. Aber wie bringen wir dennoch Zuversicht – der Kollege Taus hat mit Recht gesagt, also Leutln, jetzt haben

wir 70 Jahre Erfolg, wir waren schon besser, wir könnten schlechter sein, aber wir wollen wieder besser werden. Wie bringen wir einen Aufbruch zustande, damit wir vom Pannestreifen wieder auf die Überholspur kommen? Da waren wir noch vor nicht allzu langer Zeit. Da waren wir angeblich nach dem „Stern“ das bessere Deutschland, vor zehn Jahren. Und wie schaffen wir diese Einstellung, bevor wir all das absetzen, was natürlich an Rahmenbedingungen wünschenswert, erforderlich, notwendig wäre. Da werden wir uns sehr rasch geeinigt haben.

Und wir leben seit acht Jahren jetzt in einem Dauerkrisenmodus. Eine Krise löst die andere ab, keine ist gelöst worden. Und die Stimmung ist schlecht, weil die Leute besorgt sind und Ängste entwickeln. Schon 1933 hat der danach längst im Amt befindliche amerikanische Präsident Roosevelt gemeint, ich zitiere das: „The only thing we have to fear is fear itself.“ – Weil zu Tode gejamert und zu Tode gefürchtet ist auch gestorben, also das können wir uns abschminken, sodass die erste Frage ist: Was können wir selber tun? Und wenn wir es nicht tun können, was müssen wir trachten zu erreichen? Also die Finanzierung ist angesprochen worden, ich kann das nur bestätigen. Es war uns leichter, bei der AT&S – börsennotiertes Unternehmen – 480 Millionen aufzustellen in Shanghai, aber es war eine große Mühe, für zwei Gesundheitshotels – Ganzjahresbetriebe mit hoher Wertschöpfung, hoher Beschäftigung – in Österreich die 30 Millionen aufzustellen. Das ist nur eine Bestätigung dessen, was da schon gesagt wurde.

Und die Bürokratie. Nehmen wir her das Rauchverbot. Seit zehn Jahren gurken wir mit dem Rauchverbot herum, kein Mensch kennt sich aus. Zuerst lassen wir sie investieren, dann schaffen wir's wieder ab, dann geht das nicht usw.

Barrierefreiheit – ganz überraschend. Am wenigsten hat sich gekümmert die öffentliche Hand selber darum.

Die Arbeitszeit der Spitalsärzte. Und jetzt die Groteske der Gegenfinanzierung und der Höhepunkt die Registriertassen. Also die Almbauern, die Milch und Käse daraus machen, sind pauschaliert und müssen eine Registrierkassa haben. Und dann bauen wir Zäune, aber ohne Draht, den legen wir daneben hin. Irgendeiner macht ein Geschäft dabei, aber es ist kein Zaun, weil dort sind nur Löcher.

Wenn die Schildbürger zu uns kämen, wenn es sie gäbe, die würden einen Lachkrampf kriegen. Nur, so kommen wir in der Tat nicht weiter. Und wir machen eine Steuersenkung und versuchen sie mit Steuererhöhungen gegenzufinanzieren. Also wir sind nach wie vor ein Hochsteuerland, wir sind ein Defizitland, alle Sozialsysteme sind unterfinanziert und der Schuldenberg steigt. Und für die

Zukunftsaufgaben – vorschulische Betreuung, Bildung, Wissenschaft, Forschung, Universitäten – haben wir kein Geld. Also irgendwas kann nicht stimmen.

Die Deutschen, die Schweizer, die Schweden, die Niederländer können das besser. Es gibt auch schlechtere, aber die wollen wir ja nicht zum Maßstab nehmen. Also da ist doch in der Tat einiges verbesserungsbedürftig. Da gehören die Blockaden überwunden und die Verkrustungen aufgebrochen.

**Christoph Takacs:** Sie haben die Hand in die Wunde gelegt, ganz deutlich. Herr Taus, ich möchte ein bisschen in die Zukunft schauen, ein bisschen positiv, und ein bisschen einen Beitrag leisten zu einem Aufbruchsstimmungsgedanken. Was wäre denn aus Ihrer Sicht nötig, das man als Erstes tun müsste, um diesen Aufbruchsstimmungsgedanken auch ein wenig sozusagen in die Breite zu bringen?

**Josef Taus:** Man müsste der Bevölkerung einmal wieder klar machen, dass wir gut sind und dass wir so gut sind wie die paar, die angeführt wurden – also ob das die Holländer, die Deutschen, die Dänen, die Schweden, die Schweizer sind. Wir sind so gut wie die. Ich habe Firmen in Deutschland, die sind okay. Sehr gute Leute, Gott sei Dank. Wir haben Firmen in Österreich, sehr gute Leute. Ich könnte die austauschen, überhaupt kein Problem, da fällt überhaupt nichts auf, weil es genau das Gleiche gibt.

Aber wir machen Dinge – und das kann man ändern. Wir bieten auch zu wenig ordentliche Karrieren an. Ich sage Ihnen ein Beispiel, ich nenne sogar einen Namen. Ich hoffe, er ist mir nicht böse. Er ist einer meiner besten Freunde, das ist der berühmte Prof. Paschke an der Wiener TU. Er ist lang emeritiert. Von dem gibt's die berühmte Paschke-Formel, und die lautete: Meine Jahrestalente gehen nach Deutschland und meine Zehnjahrestalente gehen nach Amerika. – So. Das geht nicht. Ich kann nicht ununterbrochen die Kreativität exportieren. Die sollen schon draußen arbeiten, in Amerika, überall – aber ich muss sie zurückholen. Ich bemühe mich jetzt die ganze Zeit, Leute zurückzuholen.

Nächster Punkt: Bei mir im Aufsichtsrat sitzt der einzige österreichische Stanford-Professor, der Fritz Prinz. Den zitiere ich auch. Jetzt ist er gerade in Pension, aber er liest noch weiter. Er war am Mechanical Engineering Department der Universität. Die ist riesig, in der Universität sind 70, 80 ordentliche Professoren drinnen. So. Er und seine Frau sind Österreicher geblieben, Waldviertler, seine Kinder sind Amerikaner. Er kommt immer her, er ist bei uns, also wir gefallen ihm. Naja, der hat jetzt in den

wenigen Jahren fünf oder sechs Leute geholt, also sehr viel mitgenommen. Von denen sind vier – wie wir das übersetzen würden – ordentliche Professoren. Ja Mensch noch einmal, diese Karrieren muss ich machen.

Oder – nächster Punkt: Von einem anderen Freund von mir – jetzt sage ich keinen Namen mehr, weil es ihm vielleicht unangenehm ist. Der hat eine Schwiegertochter, ist in ihrem Fach, in einem ganz berühmten Fach, in Amerika im vergangenen Jahr die Wissenschaftlerin des Jahres geworden. Eine relativ junge Frau, keine 50. Das ist was, Wissenschaftlerin des Jahres zu werden, noch dazu in einem naturwissenschaftlichen Fach.

Ich habe so das Gefühl, auch ihr Mann, den ich sehr gut kenne, hat auch eine prominente Rolle, ist der Entwicklungschef in einer großen amerikanischen Firma. Aber irgendwo, obwohl ihre Kinder natürlich Amerikaner sind – also ganz gern würden sie nach Wien gehen. Nein, nicht die Spur einer Chance, da an einer Universität was zu kriegen. Ich habe mich ein bisschen bemüht. Ich kenne den Universitätsbetrieb, ich habe lang an der WU gelesen und so. Das heißt, wir lassen die Talente weg, wir halten sie nicht. Das geht ja nicht.

**Christoph Takacs:** Das heißt, uns fehlen die Exzellenzen – verstehe ich das richtig?

**Josef Taus:** Nein, die haben wir schon auch da, aber wir lassen zu viele weg. Ich kann nicht meine Talente alle wegschicken und sie nicht mehr zurückholen. Die wachsen nicht wie die Schwammerln aus der Erde. Das geht nicht. Und das ist entscheidend, das kann man machen, indem man ihnen eine Chance gibt, indem man zum Beispiel – wie ich von der Dame jetzt rede, die Wissenschaftlerin des Jahres war. Wenn die das geworden ist und man kennt ja die Publikationen, man weiß ja, was sie geleistet hat, nicht wahr? Die muss doch da eine Professur kriegen, Himmel Herrgott. Das geht doch nicht. Das sind die Dinge, um die es hier geht, aus. Und wenn man das nicht möglich macht, dann wird's uns nicht besser gehen. Aber es muss uns besser gehen – vor allem aber, weil unsere Leute gut sind. Das wird der Kollege Kapsch auch wissen. Sind Sie mit Ihren Leuten unzufrieden? Sie arbeiten auch international. Sind unsere Leute blöder als die anderen oder fauler oder was?

**Georg Kapsch:** Sicher nicht.

**Josef Taus:** Nein! Also unsere nicht.

**Georg Wailand:** Wenn wir dabei sind, was geschehen sollte, damit die Stimmung wieder besser wird – ich glaube, da müssen wir gar nicht so lang zurückschauen in die Vergangenheit. Wir haben schon Phasen erlebt, wo ich als Journalist, als Beobachter, festgestellt habe, da ist ein Optimismus entstanden. Ein Beispiel nur jetzt ohne parteipolitische Zuordnung: 25 Prozent KÖSt – die Senkung. Das haben die Unternehmer verstanden. Oder Bekenntnis zur Börse – wir haben Börsegänge gehabt, wir haben Teilprivatisierungen gehabt. Da ist ein Schwung hineingekommen, da hat man den Eindruck gehabt, es zahlt sich aus zu investieren. Ich kann innerhalb von einer angemessenen Frist das wieder verdienen. Plus jetzt diese Bildungs- und Ausbildungsaspekte. Also es geht schon, und es ist nicht nur eine Frage von vielen Milliarden, sondern auch von einer Grundhaltung.

Wo würden Sie die Ansatzpunkte jetzt für Ihren Beobachtungsradius sehen, dass da wieder der Funke überspringt Richtung Zukunft, Richtung Licht am Ende des Tunnels?

**Georg Kapsch:** Also ich bin der Überzeugung, dass Österreich eine Vision braucht. Wir haben derzeit keine Vision. Die Menschen sind frustriert, und an vorderster Front die Unternehmerinnen und Unternehmer. Und wenn die einmal frustriert sind, dann haben die anderen auch ein Problem. Der wesentliche Punkt ist, dass wir sagen, wo dieses Land hingeht, und dass wir auf einen Weg zurückkommen, der uns in die Zukunft führt. Was heißt das? Wir brauchen schlicht und ergreifend mehr Freiheit für die Unternehmerinnen und Unternehmer, wir müssen den Menschen auch zutrauen, mehr Eigenverantwortung. Weil was wir den Menschen über Jahrzehnte in diesem Land erklärt haben, ist: Der Staat sorgt für euch, ohne ihnen dazuzusagen, aber ihr zahlt es auch selbst, dass er für euch sorgt.

Und das ist ja nichts nächste Problem. Von 60 untersuchten Ländern liegt Österreich in der Lohn- und Einkommensteuer an 60. Position. Wir sind ein Hochsteuerland und noch dazu ein Hochsteuer- und -abgabenland. Die Abgaben darf man ja nicht vergessen, es sind ja nicht nur die Steuern. Und trotzdem haben wir eine Staatsverschuldung, die enorm ist. Wir haben etwa 85 Prozent Staatsverschuldung, und das ist nur die explizite. Wenn wir die Zusagen der Regierung dazurechnen, also des Staates und aller Gebietskörperschaften dazurechnen, dann sind wir auf ungefähr 275 Prozent. Das sind 900 Milliarden – die muss ja irgendjemand zahlen. Die zahlt die nächste Generation.

Wir greifen die großen Themen nicht an. Wir greifen den Föderalismus nicht an, wir greifen das Gesundheitswesen nicht an, wir greifen das Pensionssystem nicht an, obwohl wir genau wissen, dass im Jahr 2020 13 Milliarden Euro aus den öffentlichen Töpfen dort hinein müssen. Das kann keiner mehr zahlen.

Und die Menschen sind ja nicht dumm. Die Menschen wissen ja, dass hier eine Lawine auf sie zurollt. Und die anderen stehen im Eck und schauen und tun nichts. Und was wir tun, ist da ein klein wenig und dort ein klein wenig – und im selben Atemzug reden wir auf der einen Seite von Entbürokratisierung und auf der anderen Seite – und das ist mein letztes Beispiel, dann höre ich auf – haben wir Verwaltungskosten der Hoheitsverwaltung, die pro Kopf bei uns bei 1270 Euro liegen. Das ist um 50 Prozent höher – und zwar kaufkraftbereinigt, also real – als der EU-Durchschnitt. Und was tun wir bei der Entbürokratisierung? Wir schaffen neue Gesetze wie ein Lohndumping- und Sozialdumpinggesetz, das von der Grundidee vielleicht gar nicht so schlecht ist, aber das von der Bürokratisierung dazu führt, dass es dazu kommen kann, dass Sie Lohndumping haben, weil Sie es auf Monatsbasis nachweisen müssen, obwohl diejenige Person über das Jahr hinweg weit drüber liegt. Das ist ja eine Bürokratie, die enorm ist. Und das Gleiche gilt bei der Arbeitszeit, dass wir immer noch nicht in der Lage sind, einen Zwölf-Stunden-Tag zu haben – das gibt es ja alles nicht.

**Christoph Takacs:** Sie haben gesagt, die Menschen sind nicht dumm. Kommt heuer der Aufschwung, wird 2016 besser und wie kann die Wirtschaft wieder angekurbelt werden? Anna Katharina Kroisel hat sich unter Passanten in der Wiener Innenstadt umgehört. Die Umfrage ist wie immer nicht repräsentativ. Ein Stimmungsbild – hier sind die Antworten.

**Beatrice Wipplinger, Studentin, Wien:** Ja, ich denke schon, dass es langsam wieder besser wird. Ich denke, das ist immer so ein bisschen ein Auf und Ab und das darf man nicht so dramatisch sehen.

**Wilhelm Rasinger, Berater, Wien:** Ich glaube, dass es nicht wesentlich besser wird. Wir können froh sein, wenn es nicht schlechter wird. Aber vielleicht 2017/2018 wird's besser. Wir sind ja auch abhängig von den Verhältnissen in anderen Ländern, und da schaut's teilweise nicht sehr gut aus.



**Valentin Häusler, Student, Oberösterreich:** Also die Politik kann zwar direkt nichts machen, aber sie können zumindest die Rahmenbedingungen ändern und können somit den Unternehmen die Möglichkeit geben, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

**Sigurd Bauer, Pensionist Wien:** In Zeiten knapper Budgets – ich meine, die öffentlichen Investitionen müssten steigen. Woher zu finanzieren? Indem man die überbordende Bürokratie in unserem Land etwas zurückfährt. Das wäre ganz wichtig.

**Valentin Häusler, Student, Oberösterreich:** Soweit ich gehört habe, ist das halt eine viel zu kleine Steuerreform. Das wird eh von der Inflation dann aufgeessen wahrscheinlich. Also ich glaube, dass es im Endeffekt ein viel zu schwaches Paket ist.

**Nina Endl, Studentin, Wien:** Ja, die Steuerreform ist natürlich einmal ein Anfang. Und wir haben wirklich viele Klein- und Mittelunternehmen in Österreich, die wirklich großartige Arbeit leisten. Ich glaube schon, dass man da auch wirklich dranbleiben muss und weitermachen muss. Wenn wir uns nicht unterkriegen lassen, dann kann's auf jeden Fall ein positives neues Jahr werden.

**Georg Wailand:** Diese Aussagen haben gezeigt, dass die Leute sehr wohl einen Hausverstand haben und scharf beobachten. Jetzt ist der Österreicher ein gebranntes Kind. Die letzten Jahre hat's immer geheißen von der Politik, es wird besser werden, es wird besser werden und wir werden das schon hinkriegen. Und wie eine Knackwurst ist das vorne gehängt, aber es wurde nicht wirklich so gut wie versprochen. Jetzt haben wir einmal endlich höhere Wachstumsraten vor uns, aber die kommen nicht von selbst.

Was müsste Ihrer Meinung nach am dringendsten geschehen – Sie sind auch Unternehmerin – damit das auch Realität wird?

**Ulrike Rabmer-Koller:** Ja, wir brauchen auf jeden Fall Wachstumsimpulse. Das heißt, auf der einen Seite – zum Beispiel der Handwerkerbonus. Das wäre eine ganz wichtige Initiative, die wirklich eine Win-win-Situation erzeugt. Denn auf der einen Seite vermeiden wir Schwarzarbeit damit und auf der anderen Seite kommen natürlich wieder zusätzliche Steuereinnahmen. Auch Investitionsimpulse, entweder Investitionsfreibetrag oder auch die Prämie wäre ein wichtiger Ansatz, damit einfach wieder ein Anreiz gegeben ist, um Investitionen zu tätigen.

**Christoph Takacs:** Viele Unternehmen haben ja liquide Mittel und sind sehr zurückhaltend damit. Eigentlich sollte ich schon – aber nein, ich verschieb's. Und genau das hemmt das ja.

**Ulrike Rabmer-Koller:** Genau das ist es. Und das entsteht einfach auch dadurch, dass die Unternehmer alle auf der einen Seite frustriert sind – der Herr Präsident hat's schon gesagt – und auf der anderen Seite natürlich auch Unsicherheit da ist, auch keine Wertschätzung den Unternehmerinnen und Unternehmern gegenüber da ist. Wir brauchen einfach wieder auch Mut, Zuversicht, aber auch die Wertschätzung den Leistungsbringern gegenüber. Nur damit werden wir auch in der Zukunft erfolgreich sein.

Der wesentlichste Punkt ist wirklich auch, dass wir Reformen angehen. Wir sehen es – wir haben vorher schon gesprochen – im internationalen Vergleich hinken wir immer weiter hinterher. Ich war vor zehn Jahren selber in Deutschland unterwegs und habe Vorträge gehalten in meiner Funktion, um zu erklären, wie macht's Österreich. Und damals haben wir Reformen angegangen. Jetzt hat Deutschland wesentliche Reformen umgesetzt in den letzten zehn Jahren und hat jetzt Überschüsse zum Beispiel.

**Christoph Takacs:** Und die Arbeitslosigkeit von 5 Millionen auf 2,8 Millionen gesenkt.

**Ulrike Rabmer-Koller:** Genau. Das heißt, von daher sehen wir ja, in anderen Ländern funktioniert's. Und die Bevölkerung weiß auch, dass etwas geändert werden muss. Wir müssen hier wirklich jetzt auch entsprechend Druck machen, damit etwas passiert. Denn gerade das Pensionsthema ist so ein Thema, steht jetzt an. Man kann nicht den Kopf in den Sand stecken und sagen, es ist ja eh alles in Ordnung, wenn man sieht, dass im Endeffekt die Lebenserwartung gestiegen ist in den letzten Jahren oder laufend steigt, aber die Zeit in der Erwerbstätigkeit immer weiter zurückgeht. Das kann nicht funktionieren. Hier brauchen wir aber wirklich einmal auch den Mut, etwas anzugehen und etwas umzusetzen und nicht immer nur sich auf Ideologien zurückzuziehen, sondern dass man wirklich einmal über den Tellerrand hinausblickt und einmal sagt, was ist das Wichtige jetzt für den Wirtschaftsstandort, was ist das Wichtige für Österreich – und dann machen wir es gemeinsam.

**Christoph Takacs:** Frau Rabmer-Koller, aber auch die Herren, Sie haben ja auch politische Vergangenheit und Sie haben ja Kontakt mit den heute agierenden Politikerinnen und Politikern in der Regierung, sicher auch in der Opposition. Sie werden denen das ja alles auch sagen. Und jetzt frage ich mich: Wieso wird das nicht gehört? Oder werden Sie ohnehin gehört und man bringt's halt nicht durch? Was ist es?

**Hannes Androsch:** Realitätsverweigerung oder Realitätsverlust, Kokonisierung, Reformunfähigkeit, weil Reformunwilligkeit. Aber das ist der Befund. Halten wir uns mit dem nicht auf, und das ist mit Beschönigung, Beschwichtigung, Schönrederei und Gesundheitsbeterei nicht wegzueskomptieren.

Aber Vorschläge: Wenn ich eingangs gesagt habe, wir brauchen im weitesten Sinn – nicht zuletzt im digitalen Bereich – Infrastruktur. Es gibt Unmengen an Liquidität, die Zinsen sind so niedrig wie nie zuvor. Greifen wir auf den Ursprung des deutschen Grundgesetzes – das wird dem Herrn Kollegen Schäuble vielleicht nicht gefallen – zurück. Da steht im Artikel 115 „ausgeglichenes Budget, aber Investitionen ausgenommen“. Also machen wir ein Riesenpaket und nicht diesen liebenswerten Versuch des Herrn Präsidenten Juncker für die Infrastruktur im weitesten Sinn. Da schließe ich also Bildung, Universitäten, Forschung mit ein. Das rechnet sich. Und das rechnet sich schon deswegen, weil wenn daraus mehr Wachstum entsteht, entsteht mehr Beschäftigung, die Einnahmen auch das Staates fließen, also die gut behandelte Kuh gibt mehr Milch. Wenn man sie nur haut und verhungern lässt, wird die Milchleistung sinken. Da muss man sich in den Finanzverwaltungen vielleicht wieder einmal an diese Binsenweisheit erinnern. Das ist ein Faktor.

Beseitigen wir die unnötigen Vorschriften – ich will mich da jetzt nicht wiederholen mit allen möglichen Beispielen – und die Überbürokratisierung. Schaffen wir Finanzierungsmöglichkeiten, das ist ausführlich diskutiert worden. Machen wir es attraktiv zu finanzieren, zum Beispiel durch eine vorzeitige Abschreibung, die eine gewisse Liquiditätshilfe ist, eine gewisse Risikoverringerung darstellt. Und dem Fiskus geht nichts verloren. Indem man 500 Finanzpolizisten mehr aufstellt und zu Kleinbetrieben – einen Tag kommt der Gewerbeinspektor, am anderen Tag der Gesundheitsinspektor, am dritten der Arbeitsinspektor, am vierten die Gewerkschaft, am fünften vielleicht eine finanzpolizeiliche Razzia, oder bei einem Großbetrieb sitzt in einem Stock die Finanzmarktaufsicht, im zweiten – zerstritten wie sie sind – die Finanzpolizei, und dann haben wir noch eine jahrelange Betriebsprüfung.

**Christoph Takacs:** Aber sind dafür nicht ein bisschen verantwortlich Ihre Parteikollegen, dass das so ist?

**Hannes Androsch:** Hauptverantwortliche sind die Länder, die den größten Anteil sich geholt haben vom Einkommenszuwachs. Von wegen. Die Sozialpartner sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren – ohne Benya/Sallinger hätten wir die Hartwährungspolitik nicht machen können. Wo sind diese Zeiten? Aber davon wollen wir nicht reden. Auch andere Interessensvertretungen. Wir haben eine unnötige Familienpolitik, in den letzten drei Jahren 1,5 Milliarden hineingesteckt, aber haben kein Geld für die Schulen und für das zweite verpflichtende Vorschuljahr usw. Aber die Schulen haben nicht einmal das Geld für die Miete und zum Fensterputzen usw. Alle sind dafür verantwortlich, die kokonisiert haben. Und überwinden wir endlich diese Reformblockaden und diese Versteinerungen und Verkrustungen. Und dann sind wir verantwortlich – jeder Einzelne, nicht nur die Unternehmer oder die Manager, jeder Einzelne. Wir haben ein Wirtschaftsprogramm – Sie erinnern sich, 1968 – Leistung, Aufstieg, Sicherheit. Just in der Reihenfolge. Das sind heute in meiner Partei Hochverratswörter. Und nur mit der Sicherheit? Ja, woher kommt sie denn? Von der Frau Holle? Das ist sehr nett, aber spielt's nicht.

**Christoph Takacs:** Herr Taus, werden diese Appelle auch bei Ihren Parteifreunden gerne gehört?

**Josef Taus:** Nein, niemand hört Kritik gern, das wissen Sie ja selber.

**Christoph Takacs:** Jaja, aber es ist ja auch konstruktiv.

**Josef Taus:** Schauen Sie, er hat es ja auch wieder angeschnitten und auch die Kollegin und der Kollege. Die Geschichte ist ja, wir haben einmal eine sehr gute Institution gehabt, die funktioniert hat. Sie hat auch ihre Schwächen und Mängel gehabt, wie halt alles, was unter Menschen passiert. Das war die Sozialpartnerschaft. Die müssen sich da wieder mehr zusammensetzen. Da muss man sich wieder hinsetzen können und reden können. In dem Land gab's – also jetzt müssen wir so Details sagen, die nicht interessieren – da gab's die berühmte Mittwochsrunde. Ich weiß nicht, ob Sie die noch kennen. Da saßen im Kaffeehaus ein paar von der Arbeiterkammer, ein paar von der Bundeskammer, ein paar

Ökonomen, ja, WIFO – ich war ja in meiner Jugend dort, und ich saß dort lange Zeit. Das ist alles weg. Diese ganzen Kontakte, die es gab.

Und dann, was man liest im Interview – das hat man nicht gelesen früher, sondern das hat man dort gesagt: Hört's, was macht's denn, das ist doch Blödsinn. – Das geht. Und ich glaube, wenn man mit den heutigen führenden Herren in den Interessenvertretungen – der Kollege Kapsch ist eh da und Sie auch, Frau Kollegin – das muss doch wieder gehen, dass man sich hinsetzt und auch – das ist früher auch geschehen – sich ein paar Leute dazunimmt, von denen man glaubt – geh, hilf mit, weißt du, was wir da regeln müssen. Das ist ja keine Schande, das macht ja nichts. Und da können Sie nicht nur die Leute aus dem Apparat nehmen. Ihr habt's tüchtige Leute in der Kammer, in der Industriellenvereinigung, ich bin überhaupt nicht dagegen. Nur, ihr müsst's auch einen nehmen, der das täglich macht, sonst geht's nicht. Der das weiß und sagt, pass auf, das hängt so – und das erklärt. Das sind die Dinge, die fehlen uns auf einmal. Dabei ist das in einem kleinen Land wie Österreich so leicht. Die Deutschen sind 80 Millionen, da ist das schon schwieriger. Aber bei uns kennt eh jeder jeden, also –

**Hannes Androsch:** Ja, aber denen geht's jetzt auf einmal besser.

**Josef Taus:** Ja, das ist das, was mich ärgert – aber das ist eine zweite Frage.

**Christoph Takacs:** Also der Vorwurf hat geheißen: Ihr sitzt's zu wenig zusammen.

**Ulrike Rabmer-Koller:** Das würde ich jetzt nicht sagen, und vor allem auch, wir sind ja alle Unternehmer. Das heißt, wir sind Funktionäre – wir haben tagtäglich mit dem Geschäft zu tun. Wir versuchen auch, aber wir müssen natürlich auch immer wieder – es sind mehrere Seiten und es müssen alle Seiten wollen.

**Josef Taus:** Ich sag' Ihnen noch was dazu: Ich bin Gewerkschaftsmitglied, bis zum heutigen Tag.

**Ulrike Rabmer-Koller:** Es ist einfach jetzt wichtig – und es ist schon in den letzten Jahren, glaube ich, von der Entwicklung her so gewesen, dass man nicht mehr über den Tellerrand hinausblickt und sagt ohne Ideologie, schauen wir, was das Beste ist. Im Moment ist es wirklich teilweise so, dass es halt einfach ein Abtauschen ist: Wenn du das willst, dann das. – Und da sollten wir einen neuen Stil auch wieder bekommen, ja.

**Hannes Androsch:** Aber das gegenseitige Blockieren ist das Problem. Wenn es wenigstens ein Abtauschen ist, dann kann man ja reden.

**Georg Wailand:** Und das miteinander Reden ist einmal Voraussetzung, aber Herr Kapsch, Sie haben es angesprochen: Sie vermissen, dass es Visionen gibt. Ich würde das auch erweitern: Haben wir Ziele in unserer Wirtschaftspolitik? Haben wir Ziele in der Industriepolitik? Haben wir Ziele in der Energiepolitik?

**Georg Kapsch:** Also wir haben diese Ziele, keine Frage. Wir haben die als Institution, als Industriellenvereinigung, und wir haben diese Ziele natürlich auch alle als Unternehmerinnen und Unternehmer. Wir haben Ziele für dieses Land – allein, es müssen alle an diese Ziele glauben. Oder man vereinbart andere Ziele. Aber wir kommen ja nicht einmal so weit, dass wir über die oberste Ebene sprechen, was soll das Ziel sein, weil wir uns im täglichen Kleinkrieg über Nichtigkeiten unterhalten. Und das ist genau das Problem der heutigen Sozialpartnerschaft. Sie haben nur mehr ein Abtauschen. Da geht's nicht darum, was wollen wir in Summe erreichen, sondern ich lege etwas auf den Tisch, diskutieren wir bitte darüber – dann kommt sofort von der anderen Seite etwas: Naja, aber wenn ... dann ...

Und wir haben eben nicht so wie in den 70er- und 80er-Jahren noch viel zu verteilen. Und der große Unterschied – und das ist es – dass gute Teile der Sozialpartner, um nicht alle in einen Topf zu werfen, weil ich ja immer die Schläge meines Kollegen Leitl bekomme, wenn ich mich über die Sozialpartnerschaft beschwere – dieses grundlegende Verständnis, dass wir nicht mehr in den 70er-Jahren leben, in denen wir eine relativ – relativ – abgeschottete Volkswirtschaft waren, sondern in einer globalen Welt leben, und das ganz, ganz andere Anforderungen hat. Und nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für jeden einzelnen Menschen. Denn jeder einzelne Mensch, jeder einzelne Arbeitsplatz in Österreich, in Europa, steht heute in einer viel größeren Konkurrenz zu Arbeitsplätzen in Südostasien oder auch in den USA mittlerweile, als das in 70er- und 80er-Jahren war. Und dieses Grundverständnis fehlt. Das ist es. Wir glauben, wir leben in einem Merkantilismus – und das ist einfach falsch.

**Georg Wailand:** Aber über diese Differenzen hinaus gibt's ja ein gemeinsames Interesse, das ist die Qualität des Standorts in Österreich. Ich glaube, da müsste man doch die politischen Scheuklappen ablegen können und sagen, okay, wo sind

die Faktoren, wo sind die Vergleiche. Und die sagen nach allen Untersuchungen, die uns in den letzten Jahren zugänglich waren: Besser sind wir nicht geworden, wir sind abgerutscht dabei. Und es müsste doch ein zentrales Anliegen sein, da wieder Schritt für Schritt nach vorne zu kommen, über die Parteien oder Interessenvertretungen hinaus.

**Christoph Takacs:** Darf ich da gleich noch dranhängen: Ich würde Sie bitten, das auch mit einem Appell zu verbinden, den Sie persönlich richten würden. Wir beenden unsere Sendung immer damit, dass wir auch versuchen, ein gewisses Summing-up zu schaffen und einen Appell zu machen. Was soll denn aus Ihrer Sicht im Jahr 2016 endlich verwirklicht werden, damit sozusagen etwas weitergeht?

**Georg Kapsch:** Also ich glaube, wir brauchen eine grundlegende Mentalitätsänderung in der Politik. Wir brauchen das Verständnis, dass wir die Zukunft finanzieren müssen und nicht die Vergangenheit. Weil wenn Sie sich anschauen, was seit den 70er-Jahren passiert ist, dann investieren wir heute um zwei Prozentpunkte des BIP weniger an öffentlichen Investitionen und um neun Prozentpunkte des BIP mehr in Transfers. Und was heißt das? Das ist nämlich genau das, was Herr Dr. Androsch angesprochen hat. Wir haben – und wir tun's immer noch – die Staatsverschuldung verkonsumiert und nicht investiert. Und das ist genau das Problem. Und deswegen fühlen wir uns eigentlich immer noch relativ cosy, weil ein Drittel der österreichischen Haushaltseinkommen mittlerweile schon aus Transfers stammt, was sehr ungesund ist. Aber die Realität im Blick auf die Zukunft ist eine andere. Das heißt, wir brauchen eine Entbürokratisierung, wir brauchen wesentlich mehr Freiheit für die Unternehmen und auch Freiheit für die Menschen. Und die Menschen wollen diese Freiheit, wir müssen sie ihnen aber auch geben.

**Georg Wailand:** Herr Taus, auch an Sie die Frage: Welchen Appell würden Sie jetzt richten an die Regierung, an die Politik?

**Josef Taus:** Es ist ja im Prinzip sehr viel gesagt worden. Ich bleibe dabei, was ich vorhin gesagt habe. Die Sozialpartnerschaft muss, glaube ich, ein bisschen mehr in Schwung kommen. Ich glaube sogar, dass man mit den Gewerkschaftern reden

kann. Jetzt ist keiner da, daher will ich mich dazu nicht näher äußern. Das ist die erste Geschichte.

Die zweite Geschichte: Ich brauche zwei, drei Sachen. Ich muss in der Finanzierungspolitik für die Firmen – das, was ich einleitend gesagt habe – was machen. Das geht so nicht. Das kann Österreich so nicht akzeptieren, wenn wir wieder nach vorne kommen wollen. Das geht nicht.

Sie, Frau Kollegin, vertreten ja eine große Zahl der Mittleren und Kleinen. Sie wissen genau, was das für die bedeutet. Da brauchen Sie meine Hinweise nicht.

Die nächste Geschichte: Es muss für junge Leute bildungspolitisch – da hat der Kollege Androsch schon viel gemacht – was geschehen. Das heißt also, wir müssen die Talente mehr kriegen. Das ist keine Geschichte, indem man sagt, ich verlange weniger Leistung – was jetzt passiert, sodass keiner mehr durchfällt und so. Das geht nicht. Sondern das heißt, ich kann in dieser Welt – ich muss leider Leistung verlangen, und es muss die Leistung einen Spaß machen, das muss eine Hetz sein, das muss jeden freuen. Und ich will aber auch keinen – der weniger gescheit ist, der gehört genauso zur Gesellschaft dazu, weil er kann ja nichts dafür. Er wäre lieber auch gescheiter.

Und die nächste Geschichte – das sind die Dinge, um die es geht. Und ich muss auch schauen, dass ich alle Talente kriege. Ich habe in der Wiener Vorstadt maturiert und ich war in meiner Klasse der Einzige, der aus so genannten kleinen Verhältnissen kam. Alle anderen waren so typische Bildungsbürger, Ärztesöhne und Beamtenöhne und so. Und jetzt beim 60-jährigen Maturajubiläum – so lang ist das her bei mir – hat uns halt der Direktor eingeladen, die Überlebenden, und da haben wir halt geredet. Ich habe mich dann neben sie hingesezt und habe gesehen, was in der Schule alles investiert wurde, ungeheuer. Wir sind ja noch in der Bombenruine gesessen, ich habe '51 maturiert. Und da haben wir halt geredet und da habe ich gesagt: Herr Direktor, wie ist denn das, woher kommen denn Ihre Schüler? – Hat er gesagt: Naja, mein Gott, lauter gute Leute. Wir haben halt immer die Gleichen, die Kinder von Beamten und von den Ärzten und von den Anwälten, ein paar sind von Steuerberatern. – Sag' ich: Können wir das zusammenfassen unter Bildungsbürgertum? – Sagt er: Jaja, das ist so. – Darauf sag' ich: Na und, habt's nicht geschaut, dass ihr welche kriegt's, die wiff sind, die auch woanders herkommen? – Ja, sagt er, täten wir schon, aber es kommt niemand.

Also da muss man schon was tun. Das ist ein politischer Fehler. Ich muss selektieren, ich muss die Gescheiten heraussuchen, weil von denen leben wir.



Nämlich die Masse lebt von der Leistung der Guten. Das ist so, aus, Schluss – so ist die Welt. Ich habe die Menschen nicht geschaffen.

**Christoph Takacs:** Herr Androsch, auch an Sie die Frage: Welcher Appell ist es hier an dieser Stelle?

**Hannes Androsch:** Nicht nur an die Politik. Ich meine, ich bin ja durchaus kritisch, ich verrate da ja kein Staatsgeheimnis. Aber ich muss schon auch sagen, sie ist auch Spiegelbild unserer Gesellschaft. Die Menschen sind verängstigt, besorgt – das kann man verstehen – weil ihnen Perspektive fehlt und Orientierung nicht gegeben wird. Aber gleichzeitig geht's ihnen grosso modo so gut, dass sie sagen, es soll sich nichts ändern.

**Christoph Takacs:** Also der Druck ist zu wenig?

**Hannes Androsch:** Der Druck ist zu wenig, das habe ich vor fünf Jahren leidvoll beim Bildungsvolksbegehren feststellen können. Und das Ergebnis ist ja bisher niederschmetternd, nämlich gar keines in Wahrheit und trotz aller Unterstützung auch der Industriellenvereinigung. Das ist nur eines von zahlreichen Beispielen. Also wir müssen – und jetzt zitiere ich den Willy Brandt und den Helmut Schmidt in einem gemeinsamen Interview aus den frühen 70er-Jahren – Eigeninitiative, Eigenvorsorge, Eigenverantwortung, Leistung, Aufstieg, Sicherheit. Und dazu brauchen wir Zuversicht, brauchen wir Aufbruch, aber auch Zupacken und nicht nur sozusagen paternalisch warten. Weil bei den Landeshauptleuten und in Oberösterreich kann's nur paternalisch sein, weil da gibt's keine Frauen – so nebenbei. Warten, was die uns da gnädig geben. Und wie ein alter Bauer muss man wissen: Wenn ich nicht säe, kann ich nicht ernten.

**Christoph Takacs:** Aber die Frage ist dann trotzdem – da muss ich noch ganz kurz nachfragen: Wenn man das Gefühl hat, ich leiste und kämpfe und arbeite und ich bringe auch was weiter, dann wird man's tun. Glauben Sie nicht, dass ein bisschen das Gefühl ist, naja, das Land ist eh politisch völlig aufgeteilt und ich komme sowieso nicht weiter, auch wenn ich was leiste?

**Hannes Androsch:** Nein. Also da gibt's zwei Teile: einen geschützten und einen nicht geschützten Sektor. Die einen stehen im Wettbewerb und die anderen liegen in der Hängematte. Das ist die soziale Ungerechtigkeit, die wir haben unter anderem.

**Christoph Takacs:** Gehen wir nicht weiter ins Detail. Frau Rabmer-Koller, auch an Sie die Frage: Welcher Appell ist es?

**Ulrike Rabmer-Koller:** Ja, im Endeffekt brauchen wir Mut zu Reformen, diese auch wirklich anzugehen, um eben die entsprechenden Mittel für die Zukunftsinvestitionen zur Verfügung zu haben. Wir brauchen Entlastung der Unternehmer und Unternehmerinnen. Wir brauchen auch wieder Wertschätzung den Leistungsträgern gegenüber. Und es muss uns allen klar sein, wir können ein gut funktionierendes Sozialsystem nur dann gewährleisten, wenn wir eine funktionierende Wirtschaft haben. Und wir haben nur dann eine funktionierende Wirtschaft, wenn wir auch Unternehmen haben, die Gewinne erzielen und diese dann auch wieder für die Zukunft investieren können. Und ich denke, das ist ein ganz wichtiger Ansatz – denn sonst werden wir auch nicht wieder nach vorne kommen.

**Christoph Takacs:** Frau Rabmer-Koller, meine Herren, Herr Wailand, herzlichen Dank für Ihre Zeit und die Bereitschaft zur Diskussion.